Michael Dauderstädt

Wunsch und Wirklichkeit

EU-BEITRITT OSTMITTELEUROPAS ■ *Eine EU-Mitgliedschaft ist keine Erfolgsgarantie für wirtschaftliches Wachstum. Das zeigen Erfahrungen anderer armer Länder, die der EU beigetreten sind*

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus strebten die siegreichen Oppositionsbewegungen Ostmitteleuropas nach Demokratie, Marktwirtschaft und Rückkehr nach Europa. Ein Beitritt zur EU sollte Freiheit und Wohlstand sichern. Nach der Aufnahme in die NATO könnten sich Polen, Tschechien und Ungarn sicher fühlen. Bleibt die Frage, ob ein EU-Beitritt der schnellste Weg zu mehr Wachstum und Wohlstand ist.

Die Erfahrungen anderer armer Länder, die der EU beigetreten sind, ergeben kein eindeutiges Bild: Portugal, das zum 1.1.1986 beitrat, ist eine relative Erfolgsstory. Ab 1985 wuchs sein Pro-Kopf-Einkommen knapp ein Prozent schneller als im Durchschnitt der 20 Jahre davor. In Spanien blieb die Wachstumsrate praktisch unverändert. Irland (Beitritt 1972) wies zunächst gute Zuwachsraten auf, hatte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eine Flaute und ist seit etwa zehn Jahren das Wirtschaftswunderland der EU mit circa fünf Prozent Wachstum. Griechenland (Beitritt 1980) bietet ein abschreckendes Beispiel. Seine Wirtschaft, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1962 und 1982 noch durchschnittlich um 5,2 Prozent jährlich gewachsen war, kam ab 1985 im Durchschnitt nur noch auf kümmerliche 1,3 Prozent.

Niemand weiß, ob das Bild ohne EU-Beitritt besser oder schlechter ausgesehen hätte. Die Mitgliedschaft in der EU als solche ist offensichtlich keine Erfolgsgarantie für Wachstum. Schließlich zeichnet sich die EU als Ganze im Vergleich zu anderen Regionen (Nordamerika, Ostasien) eher durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit als durch besonders rasches Wachstum aus. Was haben also die Beitrittskandidaten bei realistischer Betrachtung zu erwarten?

Die Hoffnungen gründen sich vor allem auf zwei Faktoren:

1. Mehr Absatzmöglichkeiten durch freien Marktzugang zur EU:

Schon als assoziierte Staaten genießen die Beitrittskandidaten freien Marktzugang mit Ausnahme der Landwirtschaft und einiger sensibler Bereiche. Der Abbau dieser verbleibenden Hemmnisse eröffnet sicher weitere Exportchancen, da sie gerade Sektoren betreffen, in denen die ostmitteleuropäischen Länder angebotsstark sind.

Dem steht ein Abbau verbliebener Handelsschranken seitens der Neumitglieder gegenüber, der zu einem Anstieg der Importe aus der EU führen dürfte. In der Tat haben sich zum Beispiel die Handelsbilanzen Portugals und Spaniens mit der EU nach deren Beitritt deutlich verschlechtert: Spanien hatte 1985 noch einen Überschuß von etwa ein Prozent des Bruttosozialprodukts, der sich bis 1989 in ein Defizit von über drei Prozent verwandelte. Portugal startete mit einer ausgeglichenen Bilanz gegenüber der EU und erreichte 1988 einen Tiefpunkt von minus zehn Prozent des BSP.

Die Übernahme des gemeinsamen Außenzolls der EU setzt die einheimische Wirtschaft der Neumitglieder in einigen Branchen einem höheren Konkurrenzdruck aus. So muß etwa der Schutzzoll, der auf Druck westlicher Investoren für Kraftfahrzeuge eingeführt wurde, weitgehend abgebaut werden. Es gibt aber auch Bereiche, in denen der Zoll steigt, vor allem in der Landwirtschaft, in der die EU etwa 15 Prozent abschöpft, die Beitrittsländer aber nur zwei Prozent. Dies könnte zur Verteuerung von Lebensmitteln und damit zu Lohnkostensteigerungen und niedrigerer Wettbewerbsfähigkeit führen.

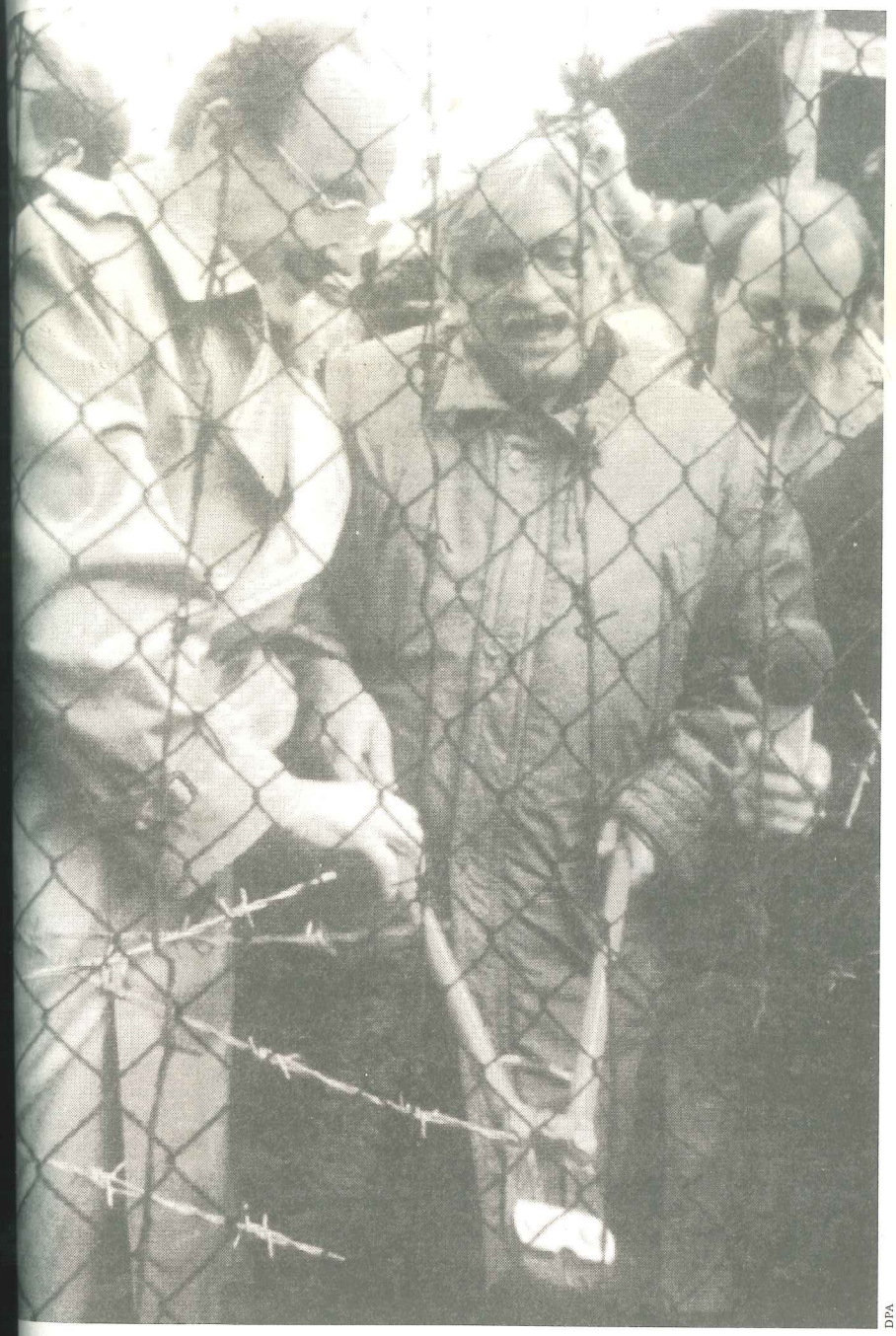
2. Bessere und billigere Kapitalversorgung dank niedrigerer Zinsen, erhöhter Direktinvestitionen und Transfers aus den EU-Fonds

Vom EU-Beitritt können die Kandidaten erwarten, daß das Vertrauen der internationalen Investoren in ihre wirtschaftliche und finanzielle Stabilität zunimmt. Staat und Unternehmen erhalten dann Kredite zu deutlich niedrigeren Zinsen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Finanzmärkte nicht die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen beurteilen, sondern Konjunkturentwicklung sowie Geld- und Währungspolitik einer Volkswirtschaft. Bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in der Währungsunion hat aber ein neues EU-Mitglied wenig wirtschaftspolitische Freiräume. Es profitiert jedoch von der Stabilität und Attraktivität des Euro.

Die EU selbst wird über ihre Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds Milliarden von ECU (oder Euro) in die Länder übertragen.

Als alles begann... Die damaligen A Durchschneiden des Stacheldrahte

Die Zuflüsse aus den Fonds werd wendung der geltenden EU-R Schätzungen des Berliner DIW f CEFTA-Länder (Zentraleuropä handelszone: Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien) circa 40 ECU (80 Milliarden DM) betr Tausch Slowakei gegen Estland nicht viel. Abzuziehen sind die E Neumitglieder in Höhe von sieb Milliarden ECU. Diese Summen v nach den vorgesehenen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik halbieren. Trotzdem machen sie b Wechselkursen noch gut zehn P Bruttoinlandsproduktes der Emp der aus. Da bei den Strukturfond nalen Haushalte alle geförderten gleicher Höhe kofinanzieren müs ten die Regierungen praktisch kei che Investition mehr ohne Abstri der EU tätigen.



DPA

s begann... Die damaligen Außenminister Genscher und Dienstbier 1989 beim chneiden des Stacheldrahtes an der deutsch-tschechischen Grenze nahe Rozvadov

flüsse aus den Fonds werden bei An- ng der geltenden EU-Regeln nach ngen des Berliner DIW für die fünf A-Länder (Zentraleuropäische Frei- zone: Polen, Tschechien, Slowakei, und Slowenien) circa 40 Milliarden 80 Milliarden DM) betragen. Der Slowakei gegen Estland spart wohl el. Abzuziehen sind die Beiträge der glieder in Höhe von sieben bis acht en ECU. Diese Summen würden sich n vorgesehenen Reformen, vor allem meinsamen Agrarpolitik, ungefähr n. Trotzdem machen sie bei aktuellen kursen noch gut zehn Prozent des landsproduktes der Empfängerlän- Da bei den Strukturfonds die natio- aushalte alle geförderten Projekte in Höhe kofinanzieren müssen, könn- egierungen praktisch keine öffentli- stition mehr ohne Abstimmung mit tätigen.

Ausländische Firmen aus der EU und aus Drittländern werden investieren, um vom sicheren Zugang zum EU-Markt und niedrigen lokalen Kosten zu profitieren. Direktinvestitionen hängen aber stark von der Entwicklung der Kosten und der Produktivität ab. Nach einem ersten Ansturm zeigt sich schon jetzt eine gewisse Enttäuschung der Investoren mit dem Standort Mittel- und Osteuropa, da die Reallöhne ansteigen, die unternehmensbezogenen Leistungen des Umfeldes (Infrastruktur, Zulieferer, Ausbildungssystem et cetera) aber gegenüber EU-Standorten deutlich abfallen. Umgekehrt stören sich viele Osteuropäer daran, daß angesehene nationale Unternehmen an ausländisches Kapital »ausverkauft« werden.

Die Effekte eines EU-Beitritts beschränken sich aber nicht auf Handels- und Kapitalströme. Als Bürger von Mitgliedsstaaten genießen die Einwohner Freizügigkeit und können in der gesamten EU wohnen und arbeiten. Schätzungen des DIW gehen davon aus, daß jährlich zwischen 340.000 und 580.000 Einwanderer aus den fünf CEFTA-Ländern in die EU kommen würden. Die Rücküberweisungen dieser »Gastarbeiter« könnten die Zahlungsbilanzen der Entsendeländer aufbessern. Allerdings geht den Ländern auch deren Arbeitskraft verloren, was vor allem bei der Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte Probleme erzeugen kann.

In der Wettbewerbs-, Industrie-, Struktur- und Regionalpolitik müssen sich die Neumitglieder mit Brüssel abstimmen. Subventionen sind genehmigungspflichtig. Sucht man nach Ländern, die erfolgreich ihre Wirtschaft modernisiert und so gegenüber den reichen Industrieländern aufgeholt haben, dann findet man sie vor allem in Südostasien. Betrachtet man die von ihnen verfolgte Wirtschaftspolitik, so fällt die aktive Rolle des Staates mit selektiver Industriepolitik, massiver Exportförderung und Protektionismus auf. All dies ist einem EU-Mitglied nicht ohne weiteres erlaubt. Ostmitteleuropa wäre also eher in der Lage der Neuen Bundesländer, deren ungeschützte Unternehmen ab 1990 flächendeckend zusammenbrachen. Dieses Szenario wird allerdings nicht in voller Härte eintreten, da sie zunächst durch eine eigene, relativ schwache Währung geschützt bleiben und nicht über die gewaltigen Mittel wie die Neuen Bundesländer verfügen, um Importe aus dem Westen zu finanzieren.

Diese Risiken eines EU-Beitritts für die wirtschaftliche Entwicklung und damit indirekt für die soziale und politische Stabilität Ostmitteleuropas dürfen nicht heruntergespielt werden. Es könnte sonst vor oder nach dem Beitritt zu einer antieuropäischen Welle in den Beitrittsländern kommen, die sich auch gegen Demokratie und Marktwirtschaft wenden könnte.

Michael Dauderstädt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und arbeitet schwerpunktmäßig zu Ostmitteleuropa.

Anzeige

Radikale Schulden-streichung für arme Länder

NEU!

WEED-Schuldenreport '97

Das Standardwerk zum Thema Verschuldung

- Analyse der neuesten Verschuldungstrends
- Kritik des Schuldenmanagements für die ärmsten Länder mit Fallbeispielen
- die Rolle des IWF in der Schuldenkrise
- Deutschland als Gläubiger
- Forderungen und Lösungsvorschläge

54 Seiten, zahlreiche Tabellen, Grafiken und Statistiken.

Preis: 15,-DM (zzgl. Versandkosten)

Bestellung an: **WEED**
Berliner Platz 1
53111 Bonn
Tel 0228- 696479
Fax: 0228- 696470